

Hummer muss betäubt werden

Neuregelung beim Kochen

Bern. Wer frischen Hummer, Langusten oder Bärenkrebse essen will, wird künftig tiefer in die Tasche greifen müssen. Gegen den Widerstand von Gastronomen hat der Bundesrat beschlossen, dass lebende Panzerkrebse vor dem Töten betäubt werden müssen.

Heute werden die Tiere in der Regel lebend ins kochende Wasser geworfen. Mit diesem heftig umstrittenen, aber weit verbreiteten Umgang mit Panzerkrebsen ist nun Schluss. In Zukunft müssen die Tiere betäubt werden, zum Beispiel mit Elektroschocks. Restaurants, die Hummer anbieten, werden also ihre Küchen nachrüsten müssen.

In Gastrokreisen hat das bereits für rote Köpfe gesorgt. Trotz Kritik in der Vernehmlassung hält der Bundesrat aber daran fest, die bisher nur für Wirbeltiere geltende Betäubungspflicht auf Panzerkrebse auszudehnen. Auch vor der Tötung müssen Panzerkrebse schonender gehalten werden. Sie dürfen zwar gekühlt, aber nicht mehr direkt auf Eis oder in Eiswasser transportiert werden.

Schutz für Hunde

Daneben hat der Bundesrat gestern eine ganze Reihe weiterer Massnahmen zum besseren Schutz von Tieren beschlossen. Eine davon soll den Handel mit illegal importierten Hunden eindämmen: Wer einen Hund verkaufen will, muss im Inserat zwingend eine Adresse und die Herkunft des Tiers angeben. Zudem wird die Rückverfolgbarkeit importierter Hunde verbessert. Neu sind bei Hunden sämtliche Bellstopp-Geräte verboten, die durch Lautäusserungen des Hundes automatisch ausgelöst werden, also unabhängig vom Grund des Bellens. Beim gewerbmässigen Verkauf von Heimtiergehägen müssen die Anbieter schriftlich darüber informieren, welche Tierart im jeweiligen Käfig gehalten werden kann. Damit soll verhindert werden, dass zu kleine Käfige verkauft werden.

Besonders geschont werden sollen auch scheue, auf Flucht eingestellte Tierarten wie Meerschweinchen, Kaninchen und Küken. Diese dürfen an Ausstellungen, Börsen oder Märkten nicht mehr in Streichelzoos gehalten werden. Permanente Streichelzoos, wo sich die Tiere in vertrauter Umgebung jederzeit zurückziehen können, sind hingegen weiterhin erlaubt. Verschärft werden auch die Vorschriften für Tierversuche. SDA

Noch nie so viele Beschwerden

127 Rügen beim Presserat

Bern. Im letzten Jahr sind beim Schweizer Presserat 127 Beschwerden eingegangen. Das sind so viele wie noch nie seit der Gründung im Jahr 1977. Im Durchschnitt gehen jährlich rund 80 Beschwerden ein. Zudem hat der Presserat im vergangenen Jahr 53 Stellungnahmen verabschiedet und rund 90 Verfahren erledigt, wie er gestern mitteilte.

Den gerügten Medien spricht der Presserat ein «grosses Lob» aus. Sie hätten den Entscheid des Presserats ohne Ausnahme veröfflicht. Dies sei nichts als fair und in der «Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten» festgehalten. Weil dieser Pflicht in der Vergangenheit nicht alle gerügten Medien nachgekommen sind, hatte der Presserat angekündigt, deren Namen zu veröffentlichen.

Der Presserat teilt weiter mit, dass er per Januar 2018 sein Geschäftsreglement angepasst habe. Während der Gang zum Presserat für Privatpersonen weiterhin kostenlos bleibt, werden Beschwerdeführer, die sich anwaltlich vertreten lassen, sowie Organisationen, Unternehmen und Institutionen zur Kasse gebeten. Die Gebühr wird 1000 Franken betragen.

Der Schweizer Presserat ist die Selbstregulierungsinstanz für medienethische Fragen in der Schweiz. Er besteht aus 21 Mitgliedern. Davon sind 15 Mitglieder Berufsjournalisten und sechs sind Publikumsvertreter, die keine Medienberufe ausüben. SDA

EU-Botschafter wird ausgebuht

Michael Matthiessen findet, die Schweiz solle froh sein, auf der grauen Liste zu stehen

Von Dominik Feusi, Bern

Es war ein Treffen von rund 200 EU-Freunden, das am letzten Samstag in Châble im Unterwallis, nicht weit von Verbier, stattfand. Und ausgerechnet dabei wurde EU-Botschafter Michael Matthiessen ausgebuht. Er hatte gesagt, die Schweiz solle doch froh sein, von der EU auf die graue Liste der Steuerparadiese gesetzt worden zu sein. Das sei eine positive Liste jener Länder, die einen Anreiz hätten, sich zu verbessern. Doch damit überzeugte er nicht einmal die Europhilen im Saal. Dies berichtete gestern die Zeitung *Le Temps*. Die Episode zeigt, wie die EU mit der Schweiz umspringt.

Eingeladen hatten die «Amis de Verbier», und organisiert wurde der Anlass von Jean Russotto, einem Schweizer Lobbyisten für Banken und Energiekonzerne in Brüssel. Neben dem EU-Botschafter sassen auf dem Podium der Walliser Staatsrat und Ex-CVP-Präsident Christophe Darbellay, der Leiter der Direktion für Europäische Angelegenheiten im Aussendepartement, Henri Gétaz, alt Bundesrat Pascal Couchepin (FDP), Romain Clivaz, früherer Westschweizer Korrespondent in Brüssel, und Frans Van Daele, Kabinettschef des früheren Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy – alles Freunde einer Annäherung der Schweiz an die EU.

Entsprechend verlief der Abend. Selbst die Teilnehmer aus der Schweiz spielten die derzeitigen Spannungen zwischen der EU und der Schweiz herunter. Am 5. Dezember hatte die EU die Schweiz auf eine «graue Liste» der Steuerparadiese gesetzt, obwohl sie zwei Wochen davor noch versichert hatte, das dies nicht geschehe. Am 20. Dezember wurde dann die Börsengesetzgebung entgegen Zusicherungen nur für ein Jahr als gleichwertig anerkannt. Die EU gab offen zu, dass der eigentlich bereits aufgegleiste Entscheid nach dem Besuch von Jean-Claude Juncker in Bern Ende November überdacht worden war. Ein Affront angesichts der von Jean-Claude Juncker in Bern gemachten Zusicherungen. Der *Blick* und der *Tages-Anzeiger* nannten den Entscheid «Erpressung». Bundespräsidentin Doris Leuthard sprach von einer «klaren Diskriminierung» der Schweiz gegenüber anderen Ländern wie beispielsweise den USA oder Hongkong. Botschafter Matthies-



«Arroganter Landvogt». EU-Botschafter Michael Matthiessen an der Veranstaltung über die Beziehungen der Schweiz zur EU in Châble (VS). Foto Keystone

sen sah das am Samstag alles nicht so tragisch, im Gegenteil: «Nach drei schwierigen Jahren war 2017 ein sehr positives Jahr.» Es gebe keine Krise zwischen den beiden Seiten, nur ein paar Missverständnisse. Auch dafür erntete

er ziemlich viel Kopfschütteln. «Persönlich erstaunt es mich, dass die Schweiz überrascht ist, auf dieser Liste zu stehen. Man muss bedenken, dass diese Liste positiv gemeint ist; sie soll die Länder anregen, ihre Praktiken zu verbessern»,

Fragwürdige Fotovoltaik – eine Replik auf den Artikel «Solarenergie macht das Rennen»

Versorgungssicherheit ist die wichtigste Maxime

Von Emanuel Höhener

Gemäss einem *BaZ*-Artikel von Antoine Millioud, Geschäftsführer der Aventron AG (*BaZ* vom 30.12.2017), werden in Europa jährlich 200 000 Megawatt an neuer Wind- und Fotovoltaik-Leistung (PV) zugebaut. Nur sagt diese Zahl für sich so gut wie nichts aus. Würden diese neuen erneuerbaren Produktionsanlagen nicht massiv subventioniert und mit Einspeisevorrang gefördert, lägen sie nahe bei null. Die Lastgänge in Deutschland im August und Dezember 2017 illustrieren die Problematik von flatterhaft produzierenden Anlagen. Obwohl die installierte Wind- und PV-Leistung in Deutschland bereits rund 20 Prozent über derjenigen konventioneller Kraftwerke liegt, sind es Letztere, die den überwiegenden Teil der Produktion erbringen und die Versorgungssicherheit gewährleisten.

Hohe Investitionskosten

Übers Jahr gemittelt, liegt der Lastfaktor bei der PV bei etwa 9, beim Wind bei 16 Prozent. Zum Ausgleich müssen planbar produzierende Kraftwerkstypen einspringen. So stellt sich die Frage, warum überhaupt in PV-Anlagen investiert werden soll, wenn so oder so praktisch 100 Prozent des Bedarfs parallel durch andere Produktionsmethoden bereitgestellt werden können.

Diese unverzichtbare Einsatzbereitschaft erfordert faktisch die Verdoppelung von Kapazitäten und Kosten. Die tatsächlich ständig sinkenden

Betriebskosten von PV- und Wind-Anlagen sind gesamtwirtschaftlich fast irrelevant, weil mit steigendem Anteil von Flatterstrom die Kosten auf der Netzebene stark ansteigen. Dies ist in Deutschland schon deutlich sichtbar. Jeder weitere Zubau von Wind- und PV-Kapazität bewirkt vor allem noch

Würden die neuen erneuerbaren Energien nicht gefördert, lägen sie nahe bei null.

grössere Amplitudenauslässe, die zu füllenden Lücken bleiben praktisch konstant. Ständige hohe und unerwartete Produktion bei viel Wind und Sonne führen zu negativen Strompreisen auf Grosshandelsebene und belasten die Netze über Gebühr. Für PV-Energie muss selbst bei bestem Wetter eine Batterie zur Verfügung stehen, um einen Tagesbedarf abzudecken, ansonsten müssen konventionelle Anlagen einspringen. In unseren Breitengraden fallen rund zwei Drittel der PV-Jahresproduktion im Sommerhalbjahr an, während es sich beim Verbrauch umgekehrt verhält.

Soll nun durch PV Nuklearstrom ersetzt werden, muss dieser in vergleichbarer Qualität geliefert werden können. Das wäre nur mit einer saisonalen Speicherung des PV-Stroms möglich – am effizientesten mit Pumpspeicheranlagen. Entsprechende saiso-

nale Hydrospeicher gibt es in der Schweiz jedoch nicht. Sehr hohe Investitions- und Betriebskosten würden anfallen, um die Qualität des PV-Stroms verbrauchergerecht aufzuwerten. Auch muss bedacht werden, dass zum Ersatz der eliminierten Nuklear-Kapazitäten die PV-Leistung im Verhältnis zu den unterschiedlichen Lastfaktoren und unter Berücksichtigung von Speicherverlusten etwa um den Faktor 12 höher sein müssen.

Gaskraftwerke und Importe

Wenn wir auf 100 Prozent PV und Wind setzen würden, müssten wir jederzeit in der Lage sein, deren witterungs- und saisonal bedingte Produktionsausfälle aus Speichern zu ersetzen. Genügen diese Speicher nicht, bleiben nur noch Gaskraftwerke und Importe. Sämtliche systemischen Zusatzkosten (Speicher, Netzausbauten, Gaswerke, Importe) müssen dem Flatterstrom zugeordnet werden. Das ist der Grund, dass die sinkenden reinen Gesteungskosten von PV- oder auch von Windanlagen kaum ins Gewicht fallen.

Selbst bei billigsten Solarmodulen benötigt eine 50-Megawatt-PV-Anlage eine Fläche von 40 Fussballfeldern. Gerechnet mit einem Landpreis von 50 Franken pro Quadratmeter, könnte man dafür ein Gaskombikraftwerk von 60 Megawatt erstellen. Die PV-Anlage würde jährlich bei flatterhafter Produktion rund 40 000 Megawattstunden Energie liefern, das Gaskombiwerk hingegen verlässlich einsetzbar gut elf Mal

so Matthiessen gemäss *Le Temps* weiter. Dafür erntete er von rund zwanzig Teilnehmern Buh-Rufe.

Der Grund liegt auf der Hand: So spricht ein Diplomat, der eben gerade ein Druckmittel ausgespielt hat. Matthiessen sei ein «arroganter Landvogt», sagt ein Insider, der an der Veranstaltung war, und eigentlich müsste Aussenminister Ignazio Cassis ihn zu sich zitieren, oder ihm mindestens bei Gelegenheit «die Leviten lesen».

Couchepin sieht «Phantom»

Die Schweizer Teilnehmer auf dem Podium halfen bei der Strategie des EU-Botschafters mit, die offensichtlichen Wogen zu glätten, wie der Walliser *Nouvelliste* berichtet. Christophe Darbellay sagte, solche Spannungen gebe es «in jeder guten Familie». Man müsse halt «ein bisschen Souveränität opfern», fügte der frühere Bundesrat Pascal Couchepin an. Die Angst vor fremden Richtern, die im Rahmenabkommen zur Streitbeilegung vorgesehen sind, bezeichnete Couchepin als «Phantom».

Deutliche Worte gab es auch von Henri Gétaz, Schweizer Botschafter und Chef der Direktion für Europäische Angelegenheiten (DEA). Der bilaterale Weg stecke ein einer «schweren strategischen Sackgasse». Um herauszukommen, müsse die Schweiz das Rahmenabkommen abschliessen. Das ist eine bemerkenswerte Aussage für einen, der seit sieben Jahren die Schweizer Europapolitik verantwortet. Gétaz ist wesentlich für das Verhandlungsmandat der Schweiz für ein Rahmenabkommen mitbestimmt, das in die Sackgasse bei den Verhandlungen darüber geführt hat.

Es ist Aussenminister Ignazio Cassis, der die Fehltreue des Bundesrates und der Verantwortlichen im EDA inklusive Henri Gétaz in den letzten Jahren ausbügeln muss, zum Beispiel in dem er das Verhandlungsmandat nach fast fünf Jahren mit Verhandlungsrunden zurückzieht und vollkommen überarbeitet. Es dürfte länger dauern als bis zum «Frühling», wie Juncker ohne Absprache mit Doris Leuthard bei seinem Besuch in Bern forderte.

Auf die Unterstützung von Henri Gétaz verzichtet Cassis dabei. Er hat ihn bereits Ende November als Generalsekretär der europäischen Freihandels Assoziation (Efta) nach Brüssel wegbeordert.

mehr. Ein Vergleich der reinen Gesteungskosten von Gaskraftwerken und PV erübrigt sich, dies gilt erst recht, wenn noch berücksichtigt wird, dass der PV-Strom mittels teurer Speicher- und Netzanlagen immer noch aufgearbeitet werden muss.

Faktisches Technologieverbot

Kommenden Generationen sollte ein effizientes und verlässliches Stromversorgungssystem hinterlassen werden, wie es in der Schweiz in rund 140 Jahren aufgebaut wurde. Versorgungssicherheit und Erschwinglichkeit sind die wichtigsten Maximen. Mit den Zielsetzungen der Energiestrategie 2050 ist das hochgradig gefährdet. Die Förderung von Techniken, welche genau dies nicht sicherstellen können,

Wir müssten in der Lage sein, Produktionsausfälle aus Speichern zu ersetzen.

und ein faktisches Verbot von Technologien, die ein riesiges Entwicklungspotenzial haben, sind der falsche Weg. Nationen, in denen über die Hälfte der Erdbevölkerung lebt, haben dies erkannt und die Weichen entsprechend gestellt.

Emanuel Höhener ist Ingenieur, Inhaber einer Consultingfirma und ehemaliger Verwaltungsratspräsident der Kernkraftwerk Leibstadt AG.